

Vernünftiger Umgang

Zu: „Demo-Verbot verletzt Grundrecht“, FR-Regional vom 17. April

Eine Zeitung, zweimal Gießen, zweimal Bezug zu Corona. Im einen Fall geht es um eine sehr ernste Thema, nämlich das der demokratischen Grundrechte in Zeiten von Corona. Wobei die Nachricht nur froh stimmen kann: Das Bundesverfassungsgericht hält das Demo-Verbot für eine Gießener Aktion für grundgesetzwidrig. Im anderen Fall geht es um ein Foto, das viel Heiterkeit erregte: zu viele Politiker in einem Aufzug.

Als gemeinsames Thema kann man auf die Anzahl der Menschen kommen, um die es geht. Die Stadt hat nämlich verfügt, dass nur 15 Menschen an dem nun erlaubten Protest teilnehmen dürfen, und das Verwaltungsgericht Gießen sah diese Auflage als „verhältnismäßig“ an. Das zeugt von wenig Vertrauen in die Eigenverantwortlichkeit der Demonstranten. Nur nebenher: Die Politiker im Aufzug hätten diese rechtliche Beschränkung erfüllt, aber sie waren nicht sehr verantwortlich in dem Moment.

Die Demo-Verbote gegenüber dem Ostermarsch und anderen Protesten stehen jetzt als das da, was sie vorher schon waren: fragwürdig bis grotesk. Es ist zu befürchten, dass noch viele juristische Verfahren nötig sind, bis wieder ein vernünftiger Umgang mit der Meinungsvielfalt auf der Straße hergestellt ist.

Christa Führer-Rößmann, Offenbach

Sechs Wochen zu spät

Zu: „Ausgang für Rückkehrer verboten“, FR-Regional vom 11. April

Nach der Einreise in Quarantäne – darauf wartet man schon lange. Diese Erkenntnis kommt gefühlt sechs Wochen zu spät. Wie kann das sein? Warum wird die Gesundheit von deutschen Heimkehrern bei der Wiedereinreise nicht genau überprüft?

Seit Wochen ist dieser Zustand bekannt, seit Wochen wird darüber berichtet. Der Satz des Bundespräsidenten, das Virus kenne keine Grenzen, ist das Framing, um der desolaten Einreisepolitik eine Rechtfertigung zu geben. Jeder weiß, dass das Virus begrenzt ist auf denjenigen, der es in sich trägt. Erst die Mobilität seines Wirtes trägt dazu bei, dass es sich weiter verbreitet. Eine unkontrollierte Einreise im Rahmen der „Luftbrücke“ gibt dem Virus das, was es braucht – die Mobilität seines Wirtes.

Verstörend in diesem Zusammenhang ist – wie so häufig – die Berichterstattung der örtlich Zuständigen. Überschwängliches Lob für die Luftbrücke, kein Wort aber zur gesundheitlichen Bankrotterklärung an den Flughäfen bei Eingereisten. Absicht oder Unvermögen? In beiden Fällen sind die Verantwortlichen nicht die richtigen.

Viola Schneider, Kassel



BRONSKI IST IHR MANN IN DER FR-REDAKTION

Schreiben Sie an:
Bronski
Frankfurter Rundschau
60266 Frankfurt am Main

Faxen Sie an:
069 / 2199-3666

Mailen Sie an:
Bronski@fr.de oder
Leserbrief@fr.de

Bitte geben Sie dabei immer Ihre vollständige Adresse an!

Mit der Einsendung erklären Sie sich einverstanden, dass Ihr Leserbrief auch online unter www.frblog.de veröffentlicht werden kann.

Diskutieren Sie mit!

Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe zur Veröffentlichung zu kürzen.

LESERBRIEFE ONLINE

Alle Leserbriefe dieses Leserforums wurden auch online veröffentlicht – im FR-Blog, der Fortsetzung des Print-Leserforums im Internet. Lesen Sie hier: frblog.de/lf-20200420

Telefonate ersetzen menschliche Nähe nicht

Bevormundung statt Fürsorge: „Die meisten Älteren wissen, wie sie sich zu verhalten haben“, FR-Magazin vom 17. April

Wie wir etwas Gutes tun könnten

Vor Corona las man viel von „Vergrößerung, Überalterung“ des „Wirtschaftsstandorts Deutschland“. Diesem Trend hat Corona ein Ende bereitet. Die einen sterben, die anderen schnappen in der Dauerisolierung über und sterben daran früher oder später auch (Satire). Dann sind wir also die Alten los, aber die Jungen fehlen immer noch. Da könnte Deutschland doch alle unbegleiteten Flüchtlingskinder aufnehmen (ernst gemeint), und das Gleichgewicht wäre wieder hergestellt. Die paar tausend Flüchtlingskinder könnte der „Wohlfahrtsstaat“ wohl verkraften! Man hätte etwas Gutes getan! Schön wär's! Christa Kreß, Gelnhausen

Erfahrung mit Prozessen, die alles verändern

Das Interview mit dem Altersforscher Hans-Werner Wahl ermöglicht dankenswerterweise einen anderen Blick auf das Thema „Ältere bzw. alte Menschen“ als in Corona-Zeiten derzeit üblich. Insbesondere das Schutz-Mantra politischer und medialer Verfechter der drastischen Einschränkung respektive Ausbeulung von Freiheitsrechten als Antwort auf die Pandemie bekommt dadurch Risse.

Zu Recht nennt Hans-Werner Wahl die Debatte über eine zeitlich unabsehbare Verlängerung der sozialen Isolation „von Alten und Schwachen“ paternalistisch, schrecklich und unwürdig. Diese Einstellung ist aber leider weit verbreitet und Grundlage auch für andere, neoliberal geprägte Debatten in den vergangenen Jahren zum Nutzwert von Alten.

Über welche Menschen sprechen wir hier eigentlich? Auf wen wollen wir auf Monate als Teil der Gesellschaft verzichten, mit welchen Folgen? Wir sprechen über Millionen Menschen, die nach ihrem Arbeitsleben für lange Zeit ein aktives Leben führen können. Nur ein Teil muss in Heimen leben. Wir sprechen über Millionen Ehrenamtliche, gesellschaftlich und politisch Aktive. Gerade die jetzt über 70-Jährigen verfügen über jahrzehntelange Erfahrung mit der Organisation und Durchführung

von Gesellschaft verändernden Prozessen: die sogenannten 68er.

Es geht um all diejenigen, die es nie aufgegeben haben, sich einzumischen, anzuecken, unbequem zu sein. Ein Blick in die Bürgerrechtsinitiativen und zivilgesellschaftlichen Organisationen genügt, um festzustellen, dass sie einen großen Teil ihrer aktiven Mitglieder ausmachen: von der Friedensbewegung über Attac, antifaschistische Organisationen, zuletzt die „Omas gegen rechts“, bis zu Flüchtlings- und Erwerbsloseninitiativen.

Britta Beuel, Lillenthal

Nun kommt auch noch Vereinsamung hinzu

Endlich wird auch über die Folgen der pauschalen Krisen-Verordnungen für die eher abgehängte Gruppe der „Alten“ berichtet. Hans-Werner Wahl kann ich aus eigener Erfahrung nur zustimmen: Meine Mutter (in drei Monaten wird sie 100) lebt in einem Altenheim, zurzeit mehr oder weniger eingesperrt im Zimmer. Nicht einmal den zum Haus gehörenden weitläufigen Garten darf sie betreten. Besuch ist natürlich verboten. Bei unseren täglichen Telefongesprächen bemerke ich, dass sie zunehmend verwirrt wird, ihre beginnende Demenz sich verschlechtert. Telefongespräche sind eben kein Ersatz für persönliche Nähe. In diesem Alter kann der leichteste Schnupfen, ein Herzversagen, ein unglücklicher Sturz etc. in jedem Augenblick zum Tod führen. Nun kommt auch noch Vereinsamung hinzu. Hat eigentlich jemand darüber nachgedacht, dass es in diesem Alter um die Qualität des Lebens eines jeden Tages geht und nicht um die bloße Existenz eines Körpers?

Differenzierung statt Pauschalisierung wünsche ich mir von allen, die verantwortlich sind für Regelwerke, Verordnungen, sowie mehr Empathie und Einfühlungsvermögen für alte Menschen, Heimbewohner, deren wochenlange Isolierung zum Tod führen kann – aber nicht an Covid-19.

Natürlich soll nicht dem Leichtsinns Tür und Tor geöffnet werden. Aber Besuche der engsten Familienangehörigen, ein kleiner Spaziergang durch den

Garten sollten unter bestimmten Sicherheitsvorkehrungen möglich sein. Die Voraussetzungen für die Aufhebung des totalen Kontaktverbots müssen dringend und umgehend geschaffen werden. Gisela Behr, Frankfurt

Heimärzte hätten gute Ratgeber sein können

Die Interviews sowohl mit Eugen Brysch von der Deutschen Stiftung Patientenschutz (16.4., Seite 3) wie auch mit dem Altersforscher Hans-Werner Wahl handeln davon, wie bedrohlich zu Corona-Zeiten die Lage in vielen Pflegeheimen ist und welche Mängel dort festzustellen sind. Ein Aspekt kommt dort leider nicht zur Sprache; aus meiner Sicht ist er äußerst wichtig, wird aber seit Jahrzehnten vernachlässigt: die Tatsache, dass es nur in einem sehr kleinen Teil der Heime (und auch nicht in teuren) trotz ihrer vielen Kranken einen Arzt gibt. Weder einen angestellten Heimarzt noch einen, der in anderer Weise für ein Heim zuständig ist und es gut kennt. Es muss doch alarmieren, dass in Deutschland sehr viele Heimbewohner offenbar infiziert sind und schon Hunderte gestorben sind.

Ich will nicht behaupten, dass Heimärzte all diese ernstesten Vorfälle hätten verhindern können. Sehr wahrscheinlich ist jedoch, dass sie in puncto Aufklärung für alle, Hygiene, Früherkennung, Mundschutz, genaue Beobachtung, veränderte Kontakte, Abstandsregeln gute Ratgeber und Warner hätten sein können. Mit Pflege allein, zumal durch überlastetes Personal, ist es nicht getan.

Unverständlich ist auch, dass sich die Heime etwa aus Kostengründen energisch gegen solche Ärzte wehren. Sie behaupten unter anderem, damit werde die freie Arztwahl eingeschränkt. Doch die gibt es auch nicht in Krankenhäusern, in der Reha, bei Notfalleinsätzen, in Gesundheitsämtern und auf Passagierschiffen (dort ist ein Arzt von 75 Reisenden an vorgeschrieben!). Wenn aus Corona etwas gelernt werden soll – da gibt es jetzt viele gute Vorsätze –, dann bitte auch in dieser Frage. Eckart Roloff, Bonn

Diskussion: frblog.de/lehren

Warum empfiehlt Merkel eine amerikanische Software?

Fernsehansprache: „Merkel-Rede dominiert“, FR-Feuilleton vom 20. März

Der Fernseh-Appell unserer Bundeskanzlerin zur Pandemie war und ist meines Erachtens notwendig, sinnvoll und hilfreich angesichts des analogen Corona Virus; auch hat sie inhaltlich und im Ton die richtigen Worte gefunden. Leider kann ich dies bezüglich ihrer digitalen Empfehlungen nicht bestätigen. In ihrer zusammenfassenden Aufforderung „Wege finden, um Zuneigung und Freundschaft zu zeigen“ empfiehlt sie an erster Stelle die Nutzung von Skype. Skype ist ein vermeintlich kostenloser Video-Konferenz Service des ameri-

kanischen Unternehmens Microsoft, welches Nutzungsdaten sammelt, analysiert, vermarktet und mittlerweile auch vom Innenministerium kritisch beurteilt wird. Zu Recht hat Frau Dr. Merkel vor analogen Viren gewarnt, aber bitte doch nicht mit der aktiven Empfehlung, quasi „digitale Viren“ einzusetzen.

Warum macht Frau Merkel nicht auch Produktwerbung für 20 andere Videokonferenz-Tools? Warum nutzt sie nicht deutsche Lösungen? Wir, ein Team von acht Personen, haben vor fünf Jahren ein Start-Up gegründet,

um uns um die digitalen Viren zu kümmern, haben jahrelang ohne Fremdmittel oder Zuschüsse geforscht und erfolgreich einen „digitalen Impfstoff“ zur Durchführung von unabhängigen, sicheren und anonymen Videokonferenzen entwickelt. Nein, ich nenne nicht den Namen unseres „digitalen Medikaments“, denn es geht mir nicht um Werbung, sondern um das Prinzip. Warum also empfiehlt die Kanzlerin den Einsatz eines der weltweit größten Datensammler, nämlich Microsoft?

Es gibt deutsche Lösungen, mit denen Videokonferenzen mit

unbegrenzter Teilnehmerzahl in einer unbegrenzten Anzahl von Räumen gleichzeitig durchgeführt werden können. Der Hauptvorteil: ohne dass Dritte (z.B. Internet- oder Webmeeting-Anbieter) mithören, mitschreiben, mitlesen können.

Seit Jahren ist Frau Merkel verantwortungsvoll und erfolgreich für Deutschland tätig; bitte erst recht auch auf digitalem Gebiet. Videokonferenzen ja, aber keine halben Sachen. Und die Kanzlerin möge bitte auch nicht nach uns „googeln“.

Dieter Carbon, Eltville